



Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum  
und Verbraucherschutz  
Baden-Württemberg

Bayerisches Staatsministerium für  
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus



HESSEN



Hessisches Ministerium für Landwirtschaft und  
Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und Heimat

Ministerium für Landwirtschaft  
und Verbraucherschutz  
des Landes Nordrhein-Westfalen




  
SACHSEN-ANHALT  
Ministerium für  
Wirtschaft, Tourismus,  
Landwirtschaft und Forsten

SH   
Schleswig-Holstein  
Ministerium für Landwirtschaft,  
ländliche Räume, Europa  
und Verbraucherschutz

Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz  
Baden-Württemberg · Postfach 10 34 44 · 70029 Stuttgart

An die deutschen Abgeordneten  
des Europäischen Parlaments

Datum: 08.02.2024

 Abstimmung über die Naturwiederherstellungsverordnung  
(Nature Restoration Law, NRL)

Anlage: 15 Eckpunkte zur Naturwiederherstellungsverordnung

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in Kürze, am 27. - 29.02.2024, steht im Plenum des Europäischen Parlaments der  
Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die  
Wiederherstellung der Natur (NRL) zur Abstimmung.

Hiervon wird auch die Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft in Deutschland unmittelbar  
und mit weitreichenden Folgen betroffen sein. Laut der Europäischen Kommission  
werden die Land- und Forstwirte als auch die Fischerei die Hauptlast der Wiederher-  
stellung von Land-, Forst- und Meeresgebieten als auch deren Kosten tragen.

Auch der im Trilog gefundene Kompromiss ist komplex und in seiner Ausgestaltung und Finanzierung unklar. Maßnahmen müssen weiterhin verbindlich, auch über Natura 2000-Gebiete hinaus, umgesetzt werden. Ausgestaltung der Maßnahmen und Flächenwahl werden größtenteils den Mitgliedstaaten überlassen. Die offenen Umsetzungsfragen und -formulierungen bergen die große Gefahr ungleicher Umsetzung – und somit Wettbewerbsnachteile innerhalb der EU.

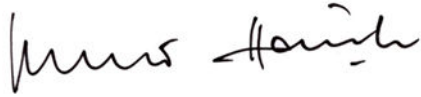
Des Weiteren gibt es keine gesicherte Finanzierung für die geforderten Maßnahmen, welche die Kommission in ihrer Folgenabschätzung mit Kosten in Höhe von mindestens 154 Mrd. Euro beziffert. Wir begrüßen, dass eine Umwidmung der Fördermittel der Gemeinsamen Agrarpolitik vom Tisch ist. Unklar bleibt aber, wie die geforderten Maßnahmen finanziert werden sollen. Angesichts der Haushaltslage in Deutschland und der Einschnitte, die die deutschen Bauern bereits hinnehmen mussten, sehen wir auch im nationalen Haushalt keine Finanzierungsmöglichkeiten für die nun geforderten Maßnahmen der Naturwiederherstellung. Es besteht die Gefahr, dass Landwirte für die Wiederherstellung von Flächen und resultierenden Ernteausfällen selbst aufkommen müssen.

Unsere große Sorge ist, dass die Produktivität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Landwirtschaft in unverantwortlicher Weise gefährdet wird. Der nun im Trilogverfahren eingeführte Aussetzungsmechanismus (Notfallbremse) für die Verordnung, wonach die Umsetzung der Verordnung im Falle außergewöhnlicher Ereignisse ausgesetzt werden kann, ist komplex und der Zeitumfang von höchstens einem Jahr so eng gefasst, dass er kaum Wirkkraft entfalten dürfte.

Die Ergebnisse der Trilogverhandlungen sind nicht geeignet, diese Gefährdung noch die bereits überbordende Bürokratie für Landwirte zu begrenzen, sondern verstärken sie im Gegenteil noch. Es fördert bei unseren Landwirten ein Bild der EU, welche lebensfremde Vorgaben erlässt und Berichtspflichten ohne Ende schafft.

Unsere Sorge ist, dass die Verabschiedung eines solchen Vorschlages die ohnehin angespannte Stimmungslage dramatisch verschlechtern könnte. Wir bitten Sie daher eindringlich, bei der anstehenden Schlussabstimmung im Plenum des Europäischen Parlaments die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur abzulehnen.

Mit freundlichen Grüßen



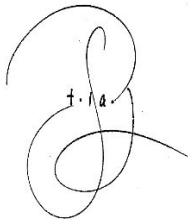
Minister Peter Hauk MdL

Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum  
und Verbraucherschutz Baden-Württemberg



Staatsministerin Michaela Kaniber

Bayerisches Staatsministerium für Ernäh-  
rung, Landwirtschaft und Forsten




Senatorin Dr. Felor Badenberg

Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucher-  
schutz Berlin



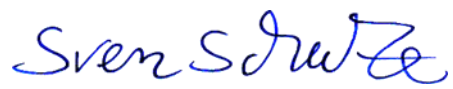
Staatsminister Ingmar Jung

Hessisches Ministerium für Landwirtschaft  
und Umwelt, Weinbau, Forsten, Jagd und  
Heimat



Ministerin Silke Gorißen

Ministerium für Landwirtschaft und Verbrau-  
cherschutz Landes Nordrhein-Westfalen



Minister Sven Schulze

Ministerium für Wirtschaft, Tourismus, Landwirtschaft und Forsten des Landes Sachsen-Anhalt



Minister Werner Schwarz

Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz Schleswig-Holstein